

**Silke Krebs**

Ministerin im Staatsministerium Baden-Württemberg

Rede auf dem Neujahrsempfang des Landtagsabgeordneten  
Alexander Schoch und des Kreisverbandes Emmendingen von  
Bündnis 90/Die Grünen

am 21. Januar 2012 um 11 Uhr im Bürgersaal, Altes Rathaus,  
Emmendingen

Sehr verehrte Anwesende, liebe Freundinnen und Freunde,  
lieber Franz, lieber Alexander (Schoch),

es freut mich sehr, dass Ihr Euch nach der **erfolgreichen  
Premiere letztes Jahr** entschlossen habt, den  
Neujahrsempfang zu einer Tradition werden zu lassen. Ich bin  
Eurer **freundlichen Einladung** hierher nach Emmendingen  
daher sehr gerne wieder gefolgt.

Seit vergangenem Januar hat sich vieles verändert:

**Vor einem Jahr** kam ich zu Euch als **Landesvorsitzende** und wir haben uns auf einen **Wahlkampf** eingestimmt, der von der **großen Hoffnung auf einen politischen Wechsel** im Land geprägt war.

Heute nun **komme ich wieder zu Euch als Ministerin im Staatsministerium** und illustriere damit auch in meiner Person, dass dieser Wechsel Realität geworden ist.

Das Jahr 2011 war für uns Grüne, für das ganze Land ein sehr intensives, hochspannendes Jahr.

Wir haben es tatsächlich geschafft, die CDU und Stefan Mappus in die Wüste zu schicken, wir haben am 27. März einen **historischen Wahlsieg** errungen, sind zweitstärkste Fraktion im Landtag geworden und konnten zusammen mit der SPD die **Regierung bilden**.

**Unser Erfolg hat viele Gründe**. Einen davon möchte ich besonders ansprechen. Er hat mit einem **Begriff** zu tun, der durch politische Figuren wie zu Guttenberg und jüngst den Bundespräsidenten **stark strapaziert** wurde.

Es handelt sich um etwas, das man nicht selbst aktiv erwerben kann, sondern das im Anderen, im Gegenüber entsteht oder verloren geht.

Wir sehen aktuell, was übrig bleibt, wenn ein Bundespräsident, der in seinem Amt ganz auf die Bindungskraft des Wortes angewiesen ist, dieses Gut verspielt.

Ich spreche natürlich von der **Glaubwürdigkeit. Uns Grünen** wird diese Glaubwürdigkeit zugeschrieben, denn die Menschen wissen:

- dass wir nicht erst seit der Katastrophe von Fukushima vor den unbeherrschbaren **Gefahren der Atomenergie** warnen,
- dass wir nicht erst seit neuestem auf eine echte **ökologische Wende** und eine Energiewende drängen und
- dass wir die Zukunft denken und für Konzepte kämpfen, die **Ökologie, Solidarität** und **Freiheit** stärken.

**Lasst uns gemeinsam darauf achten**, dass diese klaren **Überzeugungen** und der Streit für die Sache mit offenem Visier

weiter **unser Markenzeichen** bleiben, dass wir uns in dieser Hinsicht nicht verbiegen lassen von Ämtern und Aufgaben.

Dabei sind wir als Regierung besonders **auf die wachsame und kritische Begleitung** von Euch an der Basis und von allen Menschen in unserem Land **angewiesen**.

Das dominante Thema im vergangenen Jahr war natürlich die Auseinandersetzung um das Projekt **Stuttgart 21**.

Auch wenn wir weiterhin glauben, dass eine andere Lösung besser wäre für den Bahnverkehr, für Stuttgart und für das ganze Land, so haben wir doch ganz klar gemacht, dass wir als Grüne und als Landesregierung das **Ergebnis der Volksabstimmung akzeptieren**.

Demokratie ist immer wieder auch schmerzhaft. Wir kämpfen nun nicht mehr gegen das Projekt, sondern wir begleiten es kritisch-konstruktiv, und wir achten darauf, dass die Kosten eingehalten und notwendige und vereinbarte Verbesserungen umgesetzt werden.

Beim Blick auf die Ergebnisse der Volksabstimmung zeigt sich, dass **Baden** eine **besonders kritische Sicht** auf das Projekt hat: Alle Stadt- und Landkreise, in denen eine **Mehrheit für den Ausstieg** gestimmt hat, liegen in Baden, darunter vier in Südbaden. **Auch der Landkreis Emmendingen gehört ja dazu.** Und er hat noch eine Besonderheit aufzuweisen: Mit Vörstetten liegt hier eine von nur vier Gemeinden im ganzen Land, in der das Ausstiegsgesetz eine Mehrheit bekommen hat und das Quorum erfüllt wurde. Beinahe also ein gallisches Dorf.

Dieses Bild bei der Abstimmung hat sicher weniger mit einem immer wieder angeführten generellen Zwist zwischen Badenern und Württembergern zu tun, als mit einer **ganz konkreten Sorge**, die die Menschen hier in der Region umtreibt, nämlich der Sorge um den Ausbau der **Rheintalbahn.**

Denn es ist klar, dass die **Investitionsmittel insgesamt begrenzt** sind. Man kann das Geld eben nicht zweimal ausgeben. Wenn jetzt bis 2015 Maßnahmen auf der Rheintalstrecke für knapp 1,5 Mrd. Euro im Investitionsrahmenplan des Bundes stehen, dann ist das weniger

als benötigt wird. Und zudem bedeutet die Aufnahme in den Plan noch nicht die tatsächliche Bereitstellung von Mitteln.

**Wir wollen aber, dass es hier zügig voran geht** und werden alles dafür tun, was in unseren Möglichkeiten liegt. Die Landesregierung setzt sich im Projektbeirat **für substantielle Verbesserungen der Planungen** ein und steht auch zu ihrem Wort, dass sie bereit ist, sich **an Mehrkosten zu beteiligen**, die erforderlich sind, um eine **menschen- und umweltfreundliche Trassenführung** sicherzustellen.

Neben dem Schienenverkehr arbeiten wir aber auch in zahlreichen anderen Feldern daran, unser **Projekt einer neuen Politik** für Baden-Württemberg umzusetzen.

Wir haben bereits **wichtige Vorhaben** auf den Weg gebracht, und ich will nur einige wenige nennen:

- Wir gestalten die **Energiewende**, z. B. durch ein neues Landesplanungsgesetz, das endlich die Windkraft zu der wichtigen Energiequelle machen soll, die sie schon längst sein könnte.

- Wir ermöglichen **neue Wege und Formen des Lernens**, indem wir Gemeinschaftsschulen zulassen und fördern, indem wir die Ganztagschulen besser unterstützen und die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft haben.
- Wir setzen uns ein **gegen Diskriminierung und Benachteiligung**: Wir haben dafür gesorgt, dass **gleichgeschlechtliche Paare** ihre Partnerschaft auf dem Standesamt besiegeln können und nicht mehr in der Kfz-Zulassungsstelle oder an ähnlich unwürdigen Orten. Und wir setzen uns ein für **Inklusion** an den Schulen im ganzen Land, damit die Kinder, mit und ohne Handicap ganz selbstverständlich miteinander umgehen.

Auch im **neuen Jahr** stehen viele **wichtige Projekte** an, von denen ich **exemplarisch zwei Bereiche herausgreifen** möchte: den Aufbruch in ein sozialeres Baden-Württemberg und die Energiewende.

Wir legen in den kommenden Monaten einen Schwerpunkt unserer Arbeit auf die **Sozialpolitik**. Mit zahlreichen Maßnahmen machen wir uns auf den Weg, damit in unserem Lande die sozialen Belange vorankommen.

- Ein **Tariftreuegesetz**,
- die Reform des **Landeserziehungsgeldes**,
- der **Gesundheitsdialog** und
- eine **Bundesratsinitiative**, damit Frauen und Männer endlich das **gleiches Geld für gleiche Arbeit** bekommen -

das sind nur einige unserer Aktivitäten auf diesem Gebiet in den nächsten Monaten. .

Ein zweiter Schwerpunkt im Jahr 2012 wird die kraftvolle Fortführung der **Energiewende** sein. Der Ausstieg aus der Atomkraft war der erste wichtige Schritt. Kaum weniger wichtig aber ist der Umstieg auf die erneuerbaren Energien.

Wir wollen beweisen, dass bei uns die **Profis der Energiewende** zu Hause sind. Dazu nehmen wir 2012 unter anderen in Angriff:

- Den **Windenergie-Erlass**, mit dem der Bau neuer Windräder deutlich erleichtert wird.
- Ein **Forschungsprogramm** für Energiespeichertechnologien.
- Ein **Klimaschutzgesetz**, das wichtige Rahmenbedingungen für die Energiewende definiert.

- Und auch der **Umbau der EnBW** spielt für uns eine große Rolle. Wir haben hier schon erreicht, dass eine **neue strategische Ausrichtung** kommt. Jetzt wollen wir daran mitarbeiten, diese auch umzusetzen und die EnBW **zum grünen der vier großen Energieunternehmen** in Deutschland zu machen.

Ihr seht: Wir haben im letzten Jahr vieles begonnen, noch mehr haben wir uns für 2012 vorgenommen.

Und in diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Euch allen, dass **2012 ein gutes und erfolgreiches Jahr** wird, in dem es uns gelingt, die **grüne Handschrift im Land wie in den Kreisen und Kommunen** deutlich sichtbar zu machen.